

FRAKTIONSBECHLUSS VOM 11.12.2012

» DEUTSCHLAND ALS EIN AKTIVES UND MOTIVIERTES MITGLIED IN DEN VEREINTEN NATIONEN – GRÜNE INITIATIVEN ZUR DEUTSCHEN VN-POLITIK



Die Vereinten Nationen (VN) verkörpern das weltweite Streben aller Menschen und Staaten nach Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechten wie keine andere Institution. Sie sind als internationale Antwort auf Krieg und Völkermord gegründet worden. Das Verhindern und Beenden von zwischen- und innerstaatlichen Konflikten, von Völkermord, ethnischer Säuberung, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und anderer schwerer Menschenrechtsverletzungen stehen ebenso im Zentrum der Identität der VN wie die Überwindung von Armut und Hunger und der Schutz globaler öffentlicher Güter durch eine weltweite nachhaltige Entwicklung.

Ob Klimawandel oder Konkurrenz um Ressourcen, ob Finanzkrise oder Hunger, ob zerfallende Staaten oder Aufrüstung, keines dieser Risiken und keine der aus ihnen erwachsenden Gefahren kann von einem Land allein bewältigt werden. Um die Globalisierung gerecht zu gestalten, brauchen wir mehr Kooperation, mehr global zustimmungsfähige politische, ökologische und ökonomische Regeln und Verfahren, die mehr Partizipation und Offenheit zulassen. Die VN müssen Forum und Motor gerechter Global Governance sein und weltweit eine menschenrechtsbasierte nachhaltige Entwicklung vorantreiben.

Die VN sind aber nur so stark, wie ihre Mitgliedsstaaten sie machen, so aktiv, wie ihre Mitgliedsstaaten in ihr aktiv sind, so einig, wie ihre Mitgliedsstaaten kompromissfähig sind und so modern, wie ihre Mitgliedsstaaten die nötigen Reformen betreiben und zulassen.

Deutschland ist gegenwärtig nur ein mittelmäßig aktiver, nur wenig kompromiss- und reformbereiter Mitgliedsstaat und bleibt weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Das wollen wir ändern. Andere, auch kleinere Staaten wie zum Beispiel Norwegen und Niederlande nehmen aktiver Einfluss und haben mehr Wirkung in den Organisationen und Gremien der VN.

Die schwarz-gelbe Regierung interessiert sich nicht für die VN und versteht sie auch nicht. Die Kanzlerin redet lieber in den Hinterzimmern der G8- und G20-Konferenzen als vor der VN-Generalversammlung. Wir GRÜNE wollen, dass Deutschland die VN stärkt und sie als primäre Arena und bestlegitimierten Akteur globaler und internationaler Politik begreift. Wir wollen, dass Deutschland über die VN globale Verantwortung übernimmt und sich in den VN aktiv, engagiert und wirkungsvoll für Frieden und Menschenrechte einsetzt.

Die VN sind von den universellen humanitären Prinzipien geleitet und stärken damit die globale Friedenssicherung und die Menschenrechte, fördern internationale Gerechtigkeit, tragen zum Klimaschutz und den Erhalt der biologischen Vielfalt bei, unterstützen Flüchtlinge und helfen globale Armut zu verringern. Deswegen wollen wir GRÜNE:

- » die VN ins Zentrum deutscher Politik rücken und sie planvoll stärken,
- » die Arbeit und Bedeutung der VN in der deutschen und europäischen Öffentlichkeit stärker diskutieren und verankern,
- » die VN-Friedensmissionen durch Deutschland und die EU stärker personell und finanziell unterstützen,

- » einen besonderen Schwerpunkt auf die Stärkung der VN-Organen und -Institutionen des Menschenrechtsschutzes legen
- » die Instrumente ziviler Krisenprävention stärken,
- » den Weltwirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) sowie das Umweltprogramm (UNEP) aufwerten,
- » die entwicklungspolitische Arbeit der VN besser ausstatten,
- » die deutschen VN-Aktivitäten in der Bundesregierung besser koordinieren und dazu ein eigenes Koordinationsgremium der deutschen VN-Politik unter Federführung des Auswärtigen Amtes schaffen und
- » die VN zu einem wichtigen Thema in Schule, Ausbildung und Hochschule machen und das Interesse junger Menschen an den VN stärken.

1. Europa in den Sicherheitsrat!

Die große Energie, die auf das Werben um internationale Zustimmung für einen ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat aufgewendet worden ist, hat nichts gebracht. Deutschland sollte sich von diesem unzeitgemäßen Gedanken, der es in Widerspruch zu wichtigen europäischen Partnern (zum Beispiel Italien, Frankreich, Großbritannien) und internationalen Verbündeten (zum Beispiel den USA) bringt und die VN eher polarisiert als vereint, explizit und dauerhaft verabschieden.

Da das offensichtliche Optimum – ein Sitz der Europäischen Union im Sicherheitsrat – derzeit kaum realistisch ist, setzen wir uns dafür ein, die oder den nichtständigen europäischen Sitz(e) der westlichen Gruppe unter Einbeziehung des Vereinigten Königreichs und Frankreichs als permanente europäische Vertretung auszubauen. Wir streben an, dass die interne Vorbereitung, Koordinierung und Abwicklung der Arbeit der/des nichtständigen europäischen Mitglied(er)s von einem diplomatischen Stab geleistet werden, der sich aus Vertretern aller Staaten der EU zusammensetzt. Die Repräsentation im Sicherheitsrat kann dann rotieren. Für diese Europäisierung auf Arbeitsebene wäre keine Reform des Sicherheitsrats nötig, nur europäischer Wille zur Zusammenarbeit. Alle Länder der EU und die EU als Ganzes müssen sich vertreten fühlen und in die interne Sicherheitsrats-Koordination aktiv und permanent eingebunden sein, so wie es die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik seit dem Vertrag von Maastricht vorsieht und mit Art. 34 des Lissabon-Vertrages bekräftigt hat. Zudem wollen wir, dass gemeinsame europäische Sitze in den Aufsichtsgremien der Unterorganisationen, Sonderorganisationen, Programmen und Fonds der VN angestrebt werden.

2. Starke VN durch starken Menschenrechtsschutz

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der VN ist das Wertegerüst der internationalen Gemeinschaft. Menschen streben nach einem Leben in Würde, sozialer Sicherheit und Frieden – nach einer Welt, in der Menschenrechte verwirklicht sind. Dieses Interesse an einer gerechten Welt ist universell und wird nicht verschwinden. Die Menschenrechte geben schon heute allen VN-Aktivitäten, Missionen, Programmen und Spezialorganisationen Orientierung.

Unter dem Dach der VN sind wichtige globale Institutionen des Menschenrechtsschutzes entstanden, wie zum Beispiel die internationalen Straftribunale für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda oder das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR). Nach einer mühsamen Anfangsphase hat nunmehr auch der 2006 gegründete VN-Menschenrechtsrat an Profil gewonnen. Nicht zuletzt der Ausschluss Libyens und die klare Sprache der Resolutionen zur Situation in Syrien zeigen, dass der Rat zunehmend zum Forum ernsthafter Menschenrechtspolitik wird. Ihn wollen wir

weiter stärken. Die Wahl Deutschlands in den Menschenrechtsrat verpflichtet die Bundesregierung ohnehin, ihn stärker ins Zentrum der deutschen Außenpolitik zu rücken.

Doppelte Standards beim Menschenrechtsschutz mindern die Wirkung von Menschenrechtskonventionen. Deutschland soll bei Kritik an Misständen im Lande so viel Dialogbereitschaft und Engagement zeigen, wie wir es von anderen Ländern wünschen.

- » Wir wollen, dass Deutschland allen Menschenrechtskonventionen der VN beitrifft und alle Verpflichtungen, die sich aus diesen Konventionen ergeben, nach Buchstaben und Geist der Konventionen korrekt und pünktlich erfüllt und damit ein Vorbild für Kooperation und Stärkung der Werte und Instrumente der VN liefert.
- » Deutschland muss deutlicher und glaubwürdiger gegen doppelte Standards eintreten und zur Selbstkritik bereit sein. Die Staaten des Westens verlieren ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie Menschenrechtsverletzungen ihrer Verbündeten oder Westlichen Gruppe verschweigen – wie zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Kampf gegen Terrorismus (siehe Guantanamo Bay).
- » Nationale Institutionen des Menschenrechtsschutzes, die aufgrund von internationalen Konventionen eingerichtet werden, müssen so ausgestattet sein, dass sie ihren Aufgaben auch tatsächlich nachkommen können (zum Beispiel die Bundestelle zur Verhinderung von Folter).
- » Das Deutsche Institut für Menschenrechte muss eine gesetzliche Grundlage erhalten, die den von den Vereinten Nationen entwickelten internationalen Standards für nationale Menschenrechtsinstitutionen, den sogenannten Pariser Prinzipien, entspricht.
- » Deutsche Außenpolitik soll auch im Menschenrechtsrat stattfinden. Die Möglichkeit der Ernennung von unabhängigen VN-Sonderberichterstattern, wie der Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, und ihre Rolle sollen gestärkt werden. Das Instrument der Universellen Periodischen Überprüfung (Universal Periodic Review, UPR) als System der Überprüfung der Menschenrechte von Staaten durch Staaten ist eine wichtige Neuerung für das Eintreten für Menschenrechte auf Augenhöhe, das gleichzeitig zu einem wichtigen Lernprozess beiträgt. Wir wollen dieses Instrument aufwerten, indem die Berichte stärker Eingang in die Planung von Vorhaben und Programmen finden.
- » Deutschland unterstützt den Internationalen Strafgerichtshof, hat sich aber noch nicht vorbehaltlos dessen Autorität unterworfen. Das wollen wir ändern. Die deutschen Vorbehalte zurückzunehmen, ist ein deutliches Zeichen für eine starke internationale Strafgerichtsbarkeit.
- » Wir wollen, dass die Bundesregierung sich aktiv und mit eigenen Ideen für ein Menschenrechts-Mainstreaming in den VN-Organisationen und in den VN-Friedensmissionen einsetzt.

3. Völkermord verhindern, Schutzverantwortung umsetzen

Staatliche Souveränität soll die Bürgerinnen und Bürger vor Verbrechen schützen. Manchmal können oder wollen Staaten dieser Verantwortung aber nicht nachkommen. Dann steht die internationale Gemeinschaft vor der Herausforderung, dort schwerste Menschenrechtsverletzungen wie Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ethnische Säuberung zu verhindern.

2005 haben alle Staats- und Regierungschefs anerkannt, dass jeder Staat seine Bevölkerung vor schwersten Menschenrechtsverletzungen schützen und die internationale Gemeinschaft Staaten hierbei unterstützen soll. Wenn ein Staat seine Verantwortung nicht wahrnimmt, soll die internationale Gemeinschaft geeignete diplomatische und humanitäre und nur im äußersten Fall unter Mandat der Vereinten Nationen auch militärische Maßnahmen ergreifen.

Diese Schutzverantwortung (RtoP) anzuerkennen war ein wichtiger Schritt, um zukünftig Massaker wie in Ruanda oder Srebrenica zu verhindern. Sie schafft einen Perspektivwechsel von der Täter- zur Opferperspektive und zeigt, dass der Schutz von Menschen heute wichtiger ist als der Schutz von Staaten. Damit es in Zukunft besser gelingt, schwerste Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, muss RtoP von den VN-Mitgliedsstaaten auf internationaler und nationaler Ebene weiterentwickelt und wirksamer umgesetzt werden.

- » Wir wollen, dass Deutschland RtoP als wichtige Säule einer menschenrechtsgeleiteten globalen Friedenspolitik begreift und die internationale RtoP-Agenda entsprechend der deutschen historischen Verantwortung für die Verhütung von Völkermord aktiv und mit eigenen Initiativen voranbringt. Wir setzen uns dafür ein, dass VN-Frühwarnmechanismen gestärkt und besser miteinander verzahnt werden, um vorhandene Informationen im Hinblick auf drohende oder bereits stattfindende Massenverbrechen schnell auswerten zu können.
- » Im Falle einer Blockade des VN-Sicherheitsrates in RtoP-relevanten Fällen soll sich Deutschland für eine Befassung der VN-Generalversammlung im Sinne der „Uniting-for-Peace-Resolution“ von 1950 einsetzen, um dem Prinzip der RtoP mehr Geltung zu verleihen.
- » Wir wollen VN-Missionen im Rahmen von RtoP-Mandaten auf den Schutz von Zivilisten konzentrieren und beschränken (narrow-but-deep Ansatz) und sie stärker unterstützen – nicht nur finanziell sondern auch personell.
- » Wir wollen, dass Deutschland aus der von Brasilien entwickelten Initiative „Responsibility While Protecting“ die Vorschläge für verbesserte Verfahren zur Überwachung, Umsetzung und Bewertung von laufenden Sicherheitsratsmandaten aufgreift und sich für eine Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht der Intervenierenden einsetzt.
- » Deutschland soll eine nationale Strategie zur Verankerung der Schutzverantwortung auf nationaler Ebene ausarbeiten und die institutionellen – in anderen Ländern schon existierenden – Voraussetzungen schaffen, um schwerste Menschenrechtsverletzungen besser vorbeugen und schneller auf sie reagieren zu können. Wir fordern, ein mit dem in den USA eingerichteten Mass Atrocities Prevention Board vergleichbares Gremium zu schaffen.

4. Mehr zivile Krisenprävention in VN-Friedensmissionen

Gewaltprävention ist für uns ein wesentlicher Teil menschenrechtsgeleiteten Friedenspolitik. VN-Friedensmissionen sind ein wichtiges Mittel, um Frieden und Menschenrechtsschutz in Konfliktregionen und Krisenfällen zu sichern. Die Vereinten Nationen stemmen den Großteil an internationalen Friedensmissionen unterschiedlichster Prägung – von politischen Missionen, über unbewaffnetes Peacekeeping bis hin zu komplexen integrierten zivil-militärischen Missionen und Peacebuilding-Missionen. Die Legitimität von VN-Missionen ist einzigartig. Dennoch kommt ihnen keine entsprechende Aufmerksamkeit und Unterstützung zu.

Seit 2003 hat sich der Personalbedarf der VN-Missionen mehr als verdoppelt. Doch fast immer blieben die Missionen unter der mandatierten Sollstärke. Besonders auffällig ist die Lücke im zivilen Bereich, wo ein Drittel des notwendigen Personals fehlt. Die Beteiligung deutschen Personals bei der VN-Friedenssicherung hat einen historischen Tiefststand erreicht (Rang 43). Gleichzeitig werden die Möglichkeiten von Kapitel-VI-Mandaten als präventivem Instrument viel zu wenig ausgeschöpft.

- » Für erfolgreiche Konfliktbewältigung sind zivile Maßnahmen in der Regel wichtiger als militärische. Deutschland soll deswegen die „New Horizons“-Initiative der VN unterstützen und dafür vor allem die zivilen Kapazitäten von VN-Friedensmissionen (rule of law, Polizei, Infrastruktur / LogistikerInnen, JuristInnen, PolizistInnen und anderen zivilen Expertinnen und

Experten) konzeptionell und personell stärken und dazu den Aktionsplan Zivile Krisenprävention zu einem deutschen zivilen Planziel weiterzuentwickeln.

- » Deutschland soll sich in den VN-Gremien dafür einsetzen, dass nicht-militärische Maßnahmen der Prävention im Rahmen von Kapitel VI-Mandaten wie politische Missionen, Vermittlungs- und Untersuchungsmissionen gestärkt und häufiger angewendet werden. Wir dürfen nicht erst dann aufmerksam und aktiv werden, wenn Menschen bereits sterben.
- » Deutschland soll sich intensiv dafür einsetzen, dass die Lehren aus erfolgreichen Peacebuilding-Missionen wie in Sierra Leone für die Weiterentwicklung der VN-Instrumente (zum Beispiel der Peacebuilding Commission) zügig umgesetzt werden.

5. Mehr Kohärenz für eine nachhaltige Entwicklung

Informelle Zusammenschlüsse wie die G8 und die G20 haben die Bedeutung der VN in globalen wirtschaftlichen und sozialen Fragen zurückgedrängt. Dabei gibt es im VN-System bereits seit 1946 den Weltwirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC), dessen Mandat es ist, in der Global Governance zu mehr Kohärenz im Sinne einer nachhaltigen und menschenrechtsbasierten Entwicklung beizutragen. Die Bedeutung des Rates wurde im Juni dieses Jahres auf dem VN-Nachhaltigkeitsgipfel (Rio-plus-20) noch einmal bekräftigt: Ein mit dem ECOSOC verbundenes bzw. ihm zuarbeitendes High Level Political Forum on Sustainable Development soll die Nachhaltigkeitsagenda vorantreiben und mit verschiedenen Arbeitsgruppen dazu beitragen, die Millenniumsentwicklungsziele (MDG) zu aktualisieren, zu ergänzen, mit der Umweltagenda zu verbinden und zu neuen Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (SDG) weiterzuentwickeln, die sich die internationale Gemeinschaft für den Zeitraum von 2015 bis 2030 setzt.

Die Bundesregierung muss die vorhandenen VN-Strukturen stärker nutzen, Vorschläge zur Reform und Aufwertung des ECOSOC, wie sie 2006 vom damaligen VN-Generalsekretär Kofi Annan initiiert wurden, unterstützen und sich engagiert dafür einsetzen, dass Beschlüsse der VN-Generalversammlung umgesetzt werden, damit Global Governance kohärenter wird.

Statt am weiteren Aufbau von Parallelstrukturen im G8/G20-Kontext mitzuwirken und damit die VN Strukturen zu unterminieren, muss die Bundesregierung die VN-Institutionen und -prozesse im Bereich der nachhaltigen Entwicklung stärker unterstützen, und sich energisch dafür einsetzen, dass

- » die Ergebnisse des Weltnachhaltigkeitsgipfels umgesetzt und ehrgeizige SDGs (Sustainable Development Goals) erarbeitet werden, die über die MDGs (Millennium Development Goals) hinausgehen und die Entwicklungs- mit der Nachhaltigkeits- und Menschenrechtsagenda verbinden,
- » der ECOSOC reformiert und aufgewertet wird,
- » die auf der VN-Sondergeneralversammlung 2009 auch mit der Stimme Deutschlands beschlossene interdisziplinäre ExpertInnenkommission „Panel on Systemic Risks“ endlich eingerichtet wird, ihre Arbeit aufnimmt und dem ECOSOC zuarbeitet und
- » das VN-Umweltprogramm UNEP gestärkt und zu einer eigenständigen VN-Umweltorganisation (UNEO) aufgewertet wird und somit die VN als Plattform der Klimapolitik gestärkt wird – im Rahmen der Klimarahmenkonvention und darüber hinaus in einer Klimapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten (KluG).
- » UN Women institutionell gestärkt wird, um Frauenrechte nachhaltig in den VN und den Mitgliedsstaaten zu verankern.

6. Finanzmittel zielgerichtet und effizient einsetzen

Geld allein macht noch keine gute Politik. Eine angemessene finanzielle Ausstattung erleichtert es aber, sie umzusetzen. Wir wollen, dass Deutschland im Rahmen der freiwilligen Beitragsleistungen Unterorganisationen, Sonderorganisationen, Programme u. Fonds der UN stärker und verlässlicher unterstützt. Das Beispiel der nordischen Staaten zeigt, dass auch einzelne Staaten durch überdurchschnittliche Beitragszahlungen gepaart mit guten Ideen die Arbeit der VN verbessern können.

- » Wir wollen, dass Deutschland sich dafür einsetzt, dass der Peacekeeping Reserve Fund deutlich aufgestockt wird. Mit diesem Fonds sollen die ersten Tage eines Einsatzes finanziert werden, damit zivile ExpertInnen und notfalls auch Truppen schnell in Krisenregionen ankommen. Den 150 Millionen USD des Fonds stehen 7,84 Milliarden USD jährliche Kosten für Peacekeeping Einsätze gegenüber. Ein besser gefüllter Peacekeeping Reserve Fund stärkt die Handlungsfähigkeit des VN-Generalsekretärs in der kritischen Anfangsphase eines jeden VN-Engagements.
- » Beispiele wie Sierra Leone zeigen, dass vier Monate Peacekeeping den Kosten für vier Jahren Peacebuilding entsprechen. Wir wollen auch deswegen langfristig die Peacebuilding-Kapazitäten der VN stärken.
- » Wir wollen, dass VN-Organisationen wie vor allem UNHCR, OCHA, UNICEF, UNDP, UNEP, WFP, UN WOMEN stärker durch die deutsche Entwicklungspolitik gefördert werden und bilaterale mit multinationaler Zusammenarbeit enger verknüpft wird. Die unsinnige Vorgabe der schwarz-gelben Bundesregierung, nach der mindestens zwei Drittel der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit für bilaterale Programme aufgewendet werden müssen, wollen wir abschaffen und viel stärker als bisher auf multilaterale Ansätze setzen.

7. Die beste Reform sind motivierte und aktive Mitgliedsstaaten

Niemand bestreitet die Notwendigkeit, die VN ständig den neuen Gegebenheiten anpassen zu müssen, also zu reformieren. Geringes Engagement bei den VN lässt sich nicht mit dem Hinweis auf den Reformbedarf der VN entschuldigen. Die VN könnten schon jetzt besser sein, wenn Deutschland engagierter in den Gremien der VN arbeiten würde.

- » Seit 2007 bündeln die VN die Aktivitäten ihrer Unterorganisationen, Sonderorganisationen, Programme und Fonds. Durch das Programm „Delivering As One“ wurden in acht Pilotländern Kosten gesenkt und die Transparenz der Mittelverwendung erhöht. Wir wollen, dass Deutschland diesen Ansatz bestmöglich unterstützt und gemeinsam mit anderen Staaten weiter ausbaut.
- » Die VN stellen zurzeit ihre Verwaltung um. Deutschland gilt international als ein gut verwalteter Staat und bürokratisches Vorbild. Wir wollen, dass deutsche VerwaltungsexpertInnen der VN-Abteilung für Management die Verwaltungsreform zur Verfügung stehen.

8. Personalpolitik verbessern

Eine Tätigkeit bei den VN muss sich auch für den einzelnen / die einzelne PolizistIn, SoldatIn, VerwaltungsbeamtIn, RichterIn etc. positiv auf die berufliche Laufbahn auswirken. Deutsche Expertinnen und Experten sind in den VN hoch angesehen und leisten weltweit hervorragende Arbeit in zahlreichen Aufgabengebieten. Wir wollen es ihnen erleichtern, für die VN zu arbeiten und setzen uns für einen langfristig angelegten Aufbau von geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten für die Arbeit bei den VN ein.

In Krisenfällen müssen ExpertInnen für Krisenprävention und Rechtsstaatlichkeit schnell vor Ort sein, um eine Eskalation verhindern zu können. Initiativen zum Aufbau entsprechender Personalpools und Transportkapazitäten (zum Beispiel UN Emergency Peace Service) sollten aus Grüner Sicht nachdrücklich von Deutschland gefördert werden. Auch die Bundeswehr muss VN-tauglicher werden, damit sie sich stärker an VN geführten Friedensmissionen beteiligen kann.

- » In der Personalpolitik sollen sich Deutschland stärker an den Bedürfnissen der VN orientieren und gezielt nach entsprechenden Spezialisten suchen: Zurzeit sind zum Beispiel besonders "enablers" gefragt: Logistiker, Pioniere, Polizeitrainer oder Experten für Strafvollzug. Dafür sollte das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) gestärkt werden.
- » Die Ausbildung und Betreuung vor dem Dienstbeginn bei den VN oder für Auslandseinsätzen sollte intensiviert und zielgenauer durchgeführt werden. An der Entwicklung von Lehrplänen sollen erfahrene Peacekeeper und EntwicklungsexpertInnen ebenso beteiligt sein wie an einem umfassenden Lessons-Learned-Prozess. Die Erfahrung der ExpertInnen muss systematisch Eingang in die deutsche VN-Politik finden.
- » Der von den Fachministerien geschaffene Pool von KandidatInnen für die Mitarbeit in den VN soll sorgfältiger gepflegt werden. Deutsche VN-MitarbeiterInnen sollen während und nach ihrer internationalen Tätigkeit verlässliche AnsprechpartnerInnen in den zuständigen deutschen Ministerien haben.
- » Wir wollen die Aktivierung ziviler Expertise für VN-Aufgaben verbessern, beschleunigen und langfristig fördern, zum Beispiel dem THW VN-Einsätze erleichtern, Abstimmungsprozesse zwischen den Ministerien pragmatischer gestalten und der Entscheidungsfindung im Einsatz mehr Raum zu geben.

9. Mehr Licht auf die VN

Europaweit genießen die VN doppelt so viel Vertrauen wie nationale Regierungen oder Parlamente (siehe Eurobarometer 76, Kapitel 3.2). Was genau die VN und ihre Unterorganisationen, Sonderorganisationen, Programme und Fondsmachen, bekommt man in Deutschland aber kaum mit. Selbst politischen ExpertInnen sind die Arbeits- und Funktionsweisen der VN wenig vertraut. Deswegen wollen wir die VN sichtbarer und transparenter machen und ihre Rolle in den politischen Debatten Deutschlands stärken.

- » Die Kanzlerin oder der Kanzler soll jährlich im High-Level-Segment der Debatten in der VN-Generalversammlung sprechen und an VN-Gipfeln teilnehmen. Zudem soll es Parlamentarierinnen und Parlamentariern ermöglicht werden, als Teil der deutschen Delegationen in VN-Gremien mitarbeiten zu können.
- » Die VN müssen einen stärkeren Platz in Schule, Ausbildung und Hochschule einnehmen. Dabei kann es nicht nur theoretisches Wissen gehen. Durch VN-Projekte und verstärkte Austauschprogramme muss die Idee von den VN für junge Menschen konkret erlebbar werden.
- » Weil die VN auf vielen Ebenen aktiv sind, müssen Aktivitäten in den VN anschaulich vermitteln werden – auch im Internet. Im Bericht der Bundesregierung über die Zusammenarbeit mit den VN sollen geplante Maßnahmen, Ziele und Schwerpunkte der deutschen VN-Politik benannt, zuständige AkteurInnen bestimmt und mit Zeitplänen verknüpft werden. Auch sollen erreichte Erfolge benannt und deutsche Positionen bei Verhandlungen weitestgehend offen gelegt werden.
- » Wir wollen, dass anlässlich des Tags der Vereinten Nationen, dem 24. Oktober, die Bundeskanzlerin oder der Bundeskanzler die VN-Politik der Regierung vorstellt. Am selben Tag

sollen auf einem Empfang deutsche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der VN ausgezeichnet werden.

- » Die Flagge der VN soll neben der der Europäischen Union über dem Deutschen Bundestag wehen.

10. Deutschlands Ziele und Schwerpunkte in den VN festlegen

Deutschland braucht einen Aktionsplan zur VN-Politik, den die Bundesregierung im Dialog mit dem Bundestag und Sachverständigen verfasst und dessen Umsetzung durch den Bundestag kontrolliert wird. Das Parlament muss darin gestärkt werden, die Arbeit der Bundesregierung auf VN-Ebene begleiten zu können.

- » Eine ständige interministerielle Arbeitsgruppe soll die Arbeit der Bundesministerien in den Gremien der VN planen und bündeln, damit Deutschland in der VN mit einer Stimme spricht. Geleitet wird diese Arbeitsgruppe von einem beamteten Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. Bislang betreiben die Ministerien zu häufig ihre eigene VN-Politik, die nicht selten den Zielen anderer Ministerien widerspricht. Ein enger institutioneller Dialog soll Deutschlands Handeln abstimmen und ihm so mehr Gewicht in der internationalen Politik verleihen.
- » Ein angemessenes Verfahren zur parlamentarischen Kontrolle und Mitbestimmung deutscher und europäischer VN-Politik muss geschaffen werden. Als erster Schritt muss der Unterausschuss "Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung" zu einem Vollausschuss aufgewertet werden. Außerdem soll ein Sachverständigenbeirat die Mitglieder des Bundestages darin unterstützen, Informationen der Bundesregierung zu einschlägigen Vorhaben in den VN aufzubereiten und Themen vorzuschlagen, die sich für eine intensivere parlamentarische Begleitung eignen.
- » Wir GRÜNE wollen nicht, dass der Kompetenzzuwachs der EU zulasten des europäischen Engagements in den VN geht. Auch jenseits des Sicherheitsrates soll Deutschland für eine gemeinsame Stimme Europas in der VN arbeiten. Deutschland sollte einen verlässlichen Rahmen zum Austausch und zur Kooperation der europäischen Freunde einer starken VN bieten. Wir schlagen vor, eine European Group of Friends of the UN zu gründen, die die EU-Staaten umfasst, die sich am meisten für die VN engagieren.
- » Es gibt viele Nichtregierungsorganisationen (zum Beispiel die DGVN), die über vielfältige Expertise zur VN verfügen. Wir wollen, dass die deutsche VN-Politik offener für Anregungen aus der Zivilgesellschaft wird. Dazu brauchen wir einen fairen und ständigen Dialog zwischen Bundesregierung, Bundestag und interessierten zivilgesellschaftlichen Organisationen – sowohl über die Ziele als auch die die Instrumente deutscher VN-Politik.